

Niederschrift über die 5. Sitzung des Rates der Stadt Coesfeld am 07.05.2026, 18:00 Uhr, Sitzungssaal Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
Vorsitz		
Frau Eliza Diekmann-Cloppenburg	parteilos	
Ratsmitglieder		
Frau Sarah Albertz	Bündnis 90/Die Grünen	anwesend ab 18:16 Uhr, TOP 1 öS
Herr Dennis Bachmann	CDU	
Frau Beate Balzer	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Robert Böyer	Pro Coesfeld	
Herr Thomas Bücking	CDU	
Herr Günter Alfred Büscher	CDU	
Herr Dirk Christian de Beyer	VOLT	
Frau Nicole Dicke	Pro Coesfeld	
Herr Michael Clemens Heinrich Fabry	FDP	
Herr Josef Flögel	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Silke Hellenkamp	CDU	
Herr Alois Homann	CDU	
Herr Heiner Bernhard Honermann	VOLT	
Herr Henning Jaske	CDU	
Herr Ludger Kämmerling	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Bernhard Kestermann	CDU	
Herr Jens Kielmann	CDU	
Frau Sabrina Klöpper	CDU	
Herr Markus Köchling	CDU	
Frau Angela Kullik	FAMILIE	abwesend ab 21:45 Uhr, TOP 38 öS
Herr Tobias Musholt	CDU	
Herr Ralf Nielsen	SPD	
Herr Benedikt Öhmann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Erich Prinz	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Alexander Ruthmann	CDU	
Frau Frieda-Marie Schmitz	SPD	
Frau Irene Schneider	CDU	
Herr Josef Schulze Spüntrup	Pro Coesfeld	
Herr Thomas Stallmeyer	SPD	
Herr Marcel Stratmann	FAMILIE	
Herr Matthis Tasler	SPD	

Herr Gerrit Tranel	CDU	
Herr Lars Vogel	CDU	
Frau Patricia Vogel	Pro Coesfeld	
Herr Heinrich Volmer	Pro Coesfeld	
Herr Johannes Warmbold	CDU	
Frau Elke Maria Wehling	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Holger Weiling	CDU	
Verwaltung		
Herr Philipp Hänsel	I. Beigeordneter	
Herr Christoph Thies	Beigeordneter	
Frau Christin Mittmann	FBL 20	
Herr Benno Eink	FB 10	
Gäste		
Herr Ron Keßeler	Geschäftsführer Emery Erneuerbare GmbH	

Schrifführung: Herr Benno Eink

Frau Bürgermeisterin Eliza Diekmann-Cloppenburg eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 22:10 Uhr.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 3 Masterplan Mobilität, Maßnahme E2: Verkehrsberuhigung in der (nordwestlichen) Innenstadt & im Hengtegebiet; hier: Verkehrsberuhigung Feldweg
Vorlage: 078/2026
- 4 Bericht der Emergy Erneuerbare GmbH über aktuelle Projekte
Vorlage: 066/2026
- 5 Parkhaus Münsterstraße - Zwischenbericht
Vorlage: 075/2026
- 6 Umsetzung des Parkhauses Münsterstraße - Finanzierung
Vorlage: 124/2026
- 7 Digitale Gremienarbeit - Bezuschussung
Vorlage: 072/2026
- 8 Antrag der CDU-Fraktion zur Prüfung des Reiters "Klimarelevanz" in Sitzungsvorlagen
Vorlage: 121/2026
- 9 Antrag der CDU-Fraktion "Öffnung der Hohen Lucht für den Durchgangsverkehr"
Vorlage: 126/2026
- 10 Antrag der Fraktion Volt: Einführung einer Meldepflicht bei Wohnungsleerstand nach dem Wohnraumstärkungsgesetz
Vorlage: 109/2026
- 11 Antrag der Fraktion Volt: Einführung einer kommunalen Wohnungstauschbörse nach dem Vorbild der Stadt Langenfeld
Vorlage: 127/2026
- 12 Antrag der Fraktion Volt: Aufnahme weiterer Flächen in die Kommunale Wärmeplanung
Vorlage: 067/2026
- 13 Antrag der Fraktion Pro Coesfeld zur Einrichtung einer Gemeinschaftsgrabanlage ("Garten der Ruhe") auf dem Friedhof in Lette
Vorlage: 114/2026
- 14 Antrag der Fraktion Pro Coesfeld: Förderung und systematische Veröffentlichung von Open Data in der Stadt Coesfeld
Vorlage: 133/2026
- 15 Antrag der Fraktion Familie zur Einführung eines kommunalen Grundstückmanagements in der Stadt Coesfeld
Vorlage: 147/2026
- 16 Änderung der Hauptsatzung bezüglich Anregungen und Beschwerden
Vorlage: 400/2025
- 17 Änderung der Gebührensatzung für Leistungen des Standesamtes der Stadt Coesfeld
Vorlage: 101/2026
- 18 3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und der

- offenen Ganztagsgrundschulen
Vorlage: 076/2026
- 19 Stellenplan 2026 - Aufhebung eines Sperrvermerks
Vorlage: 077/2026
- 20 Bericht der Bürgerstiftung Coesfeld zur Erläuterung der Vermögenslage der Addy-Bosten-Stiftung der Stadt Coesfeld zum 31.12.2025
Vorlage: 027/2026
- 21 Finanzielle Unterstützung der Flüchtlingsinitiativen
Vorlage: 082/2026
- 22 Errichtung einer Bike+Ride-Anlage am Bahnhof Lette
Vorlage: 069/2026
- 23 Bestellung des Vorsitzenden und eines weiteren Mitgliedes des Umlegungsausschusses
Vorlage: 134/2026
- 24 Berufung eines neuen Mitglieds im Gestaltungsbeirat
Vorlage: 105/2026
- 25 Anwendung des Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung - Leitlinien zum sogenannten „Bauturbo“
Vorlage: 080/2026
- 26 Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 111 "Ziegelei Kuhfuss" – Aufstellungsbeschluss und Beschluss zur Beteiligung
Vorlage: 056/2026
- 27 Bebauungsplan Nr. 147 "Wohngebiet Kalksbecker Heide" 1. Änderung
Vorlage: 081/2026
- 28 Bebauungsplan Nr. 159 „Druffels Weg – Daruper Straße“ - Erneuter Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 095/2026
- 29 Bebauungsplan Nr. 40 „Niemergsweide“ – Teilaufhebung
Vorlage: 096/2026
- 30 Bebauungsplan Nr. 135 „Bahnareal Rekener Straße“, 2. Änderung – Satzungsbeschluss
Vorlage: 100/2026
- 31 97. Änderung des Flächennutzungsplans "Windenergie Stevede" – Änderungsbeschluss
Vorlage: 097/2026
- 32 98. Änderung des Flächennutzungsplans "Windenergie Heubach" – Änderungsbeschluss
Vorlage: 104/2026
- 33 ÖPNV-Untersuchung zur Entlastung der Innenstadt
Vorlage: 065/2026
- 34 Leitlinien für Akzentbeleuchtungen in der Coesfelder Innenstadt
Vorlage: 071/2026
- 35 Erschließung Kita Bahnhofsallee
Vorlage: 358/2025/2
- 36 Kostenentwicklung Modernisierung Schulzentrum
Vorlage: 087/2026

- 37 Skatepark Coesfeld - Finanzierung Teil "Miniramp"
Vorlage: 061/2026
- 38 Fahrradstraßen im Hengtegebiet und im Bereich Wetmarstraße
Vorlage: 068/2026
- 39 Masterplan Mobilität, Maßnahme E1b: Monitoring zur Auslastung des öffentlichen Parkraums
Vorlage: 107/2026
- 40 Benennung von Ausschussmitgliedern zum Wasser- und Bodenverband "Obere Berkel"
Vorlage: 070/2026
- 41 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 2 Verleihung der Plakette der Stadt Coesfeld für hervorragende Verdienste
Vorlage: 137/2026
- 3 DJK Erbbaurechtsvertrag
Vorlage: 135/2026
- 4 Schulzentrum - Vertragsergänzung der Projektbeteiligten aufgrund Laufzeitverlängerung
Vorlage: 136/2026
- 5 Flächentausch im Flurbereinigungsverfahren Berkelaue III mit Geldausgleichszahlung
Vorlage: 089/2026
- 6 Zuteilung von Grundstücksteilflächen im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens Berkelaue III
Vorlage: 129/2026
- 7 Verkauf einer Gewerbefläche
Vorlage: 118/2026
- 8 Grundstückszuteilung im Entwicklungsbereich Parkhaus Münsterstraße
Vorlage: 131/2026
- 9 Abschluss des Erbbaurechtsvertrags zum Kapuzinerquartier mit der evangelischen Kirche
Vorlage: 140/2026
- 10 Übertragung der Projektentwicklung für das Kapuzinerquartier auf die SEG Coesfeld
Vorlage: 151/2026
- 11 Anfragen

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird durch die Mitglieder des Rates einstimmig beschlossen, dass Herr Benno Eink für die heutige Ratssitzung als Schriftführer bestellt wird.

Die Ratsmitglieder entscheiden mehrheitlich (38 Ja / 2 Nein / 3 Enthaltungen) den Tagesordnungspunkt (TOP) 38 der öffentlichen Sitzung (Vorlage 078/2026 – „Masterplan Mobilität, Maßnahme E2: Verkehrsberuhigung in der (nordwestlichen) Innenstadt & im Hengtegebiet; hier: Verkehrsberuhigung Feldweg“) als TOP 3 zu beraten.

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Einwohnerfragestunde
-------	----------------------

Eine Anwohnerin des Feldwegs fragt, worin der Sinn in der Durchführung des Verkehrsversuchs liege, wenn die erhobenen Fakten und Zahlen zeigten, dass das Ziel erreicht werde, die dem Versuch zu Grunde liegenden Maßnahmen nun aber beendet werden sollten?

Frau Bürgermeisterin Diemann-Cloppenburg führt aus, die dauerhafte Umsetzung der Maßnahmen sei eine politische Entscheidung, die bindend sei. Das derzeitige Problem sei die Sicherheitslage. Diesbezüglich läge die Zuständigkeit bei der Stadt Coesfeld als Verkehrsbehörde. Sie entscheide aufgrund der Sachlage.

Ein Anwohner des Feldwegs stellt die Frage, wer garantiere, dass mit der Entfernung des Pollers der Durchgangsverkehr nicht wiederkomme und die Geschwindigkeit der Fahrzeuge nicht wieder ansteige?

Frau Diemann-Cloppenburg antwortet, dass eine Alternative zur Reduzierung des Tempos der Einbau von sogenannten Sinuswellen sei. Diese führten zu einer Temporeduzierung auf rd. 30 km/h, aber nicht auf Schrittgeschwindigkeit. Sie weist auf die erforderliche Zeit für die Umsetzung dieser Maßnahme hin. In der Zwischenzeit werde der Zustand des letzten Jahres vorliegen.

Ein Anwohner der Bahnhofsallee in Lette erkundigt sich im Zusammenhang mit der Sanierung dieser Straße, wer denn Anlieger sei und ob nicht alternativ eine Sperrung möglich sei?

Frau Diemann-Cloppenburg verweist hinsichtlich der Personen, die als Anlieger der Bahnhofsallee zu sehen sind, auf die Erfordernisse des Datenschutzes und des Schutzes von Persönlichkeitsrechten.

Sie erklärt, dass aufgrund der sehr hohen Summen für einige Anlieger ja diskutiert worden sei, ob nicht durch eine entsprechende Satzung der städt. Anteil an den Kosten erhöht werden könne. Eine rechtliche Prüfung habe dies aber ausgeschlossen. Da es sich um den erstmaligen Ausbau der Bahnhofsallee handele, seien die Anwohner zu beteiligen. Die Alternative, die Straße zu schließen und so die Gebühren zu reduzieren, sei mehrheitlich nicht gewünscht.

Letztlich gebe es die nur die Möglichkeiten, die Straße zu lassen wie sie aktuell sei, den Ausbau durchzuführen oder noch eine andere, neue Lösung zu finden.

TOP 2	Mitteilungen der Bürgermeisterin
-------	----------------------------------

Frau Diemann-Cloppenburg lädt zur Feier des niederländischen Befreiungstages in den Schlosspark ein. Man wolle am Samstag, 08.05.2026, gemeinsam die Gäste aus der Partnerstadt De Bilt willkommen heißen.

Herr Beigeordneter Thies teilt mit, dass auf Grund eines technischen Fehlers die Vorlage zur Beratung der Einrichtung einer Übernachtungsstelle für Obdachlose nicht auf der Tagesordnung dieser Ratssitzung stehe. Das werde in der nächsten Sitzung nachgeholt. Negative Auswirkungen habe diese Verzögerung nicht. Im Herbst solle ein Konzept in die Politik gegeben werden.

Herr 1. Beigeordneter Hänsel und Herr Thies beantworten einen Fragenkatalog der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Ermittlung lokaler Klimafolgenkosten und Einsatzveränderungen der Feuerwehr Coesfeld“, der die Verwaltung am 03.03.2026 erreicht hatte. Die Antworten sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Hänsel berichtet, dass die Renaturierung der Berkel im Bereich der Fürstenwiesen gut vorankomme. Die Umsetzung der Maßnahme erfolge schneller als gedacht, so dass nunmehr mit der Fertigstellung im August 2027 gerechnet werde. Ursprünglich sei man vom Frühjahr 2028 ausgegangen.

TOP 3 Masterplan Mobilität, Maßnahme E2: Verkehrsberuhigung in der (nordwestlichen) Innenstadt & im Hengtegebiet; hier: Verkehrsberuhigung Feldweg
Vorlage: 078/2026

Dieser Tagesordnungspunkt (TOP) wurde zu Beginn der Sitzung durch Mehrheitsbeschluss des Rates als neuer TOP 3 der öffentlichen Sitzung bestimmt.

Frau Diekmann-Cloppenburg stellt kurz die bisherige Entwicklung dar. Das Verkehrsaufkommen auf dem Feldweg sei zu hoch gewesen und die Fahrgeschwindigkeit zu schnell. Die Maßnahmen im Rahmen des Verkehrsversuches – das hätten die Zählungen gezeigt – funktionierten.

Herr Prinz erklärt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass der Poller am Feldweg nun schon eine Weile stehe und ein Gewöhnungseffekt zu erwarten gewesen sei. Fakt sei, dass der Feldweg als Spielstraße nicht für Durchgangsverkehr geeignet sei. Die Fraktion unterstütze den Vorschlag der Verwaltung, d. h. der Poller müsse stehen bleiben.

Herr Stallmeyer widerspricht im Namen der SPD-Fraktion. Die Fraktion werde dem Vorschlag der Verwaltung nicht folgen. Die Sperrung werde nicht gebraucht. Der Feldweg sei als Spielstraße unattraktiv für den Verkehr.

Herr Volmer – für die Fraktion Pro Coesfeld – und Herr Stratmann – für die Fraktion Familie - stellen fest, dass der Poller eine Erfolgsgeschichte sei bzw. der Versuch erfolgreich verlaufen sei. Man werde dem Verwaltungsvorschlag, den Poller beizubehalten, zustimmen.

Herr Fabry schließt sich – ebenfalls mit Verweis auf den erfolgreichen Versuch – dieser Position an.

Herr Tranel betont die kritische Begleitung des Versuchs seitens der CDU-Fraktion. Bürgergespräche in dem betroffenen Gebiet hätten gezeigt, dass die Sperrung nicht gewollt werde. Die Fraktion lehne daher den Verwaltungsvorschlag ab.

Frau Albertz verweist auf die positive Entlastung der Anwohner des Feldwegs und mahnt, den Buchholzweg nicht zu vergessen. Man dürfe dort nicht alles so lassen.

Herr Honermann erklärt für die Fraktion Volt die Unterstützung des Verwaltungsvorschlags. Das Ziel der Reduzierung des Autoverkehrs werde erreicht.

Herr Bücking entgegnet, dass der Verkehr nur verlagert werde. Im Ausschuss für Planen und Bauen sei intensiv über dieses Thema diskutiert worden und ein zusätzlicher Beschluss gefasst worden. Die Verwaltung solle prüfen, eine Sinuswelle einzubauen.

Frau Diekmann-Cloppenburg erklärt mit Verweis auf die Ratssitzung vom 10.04.2025, dass dort ein Beschluss gefasst worden sei, den Verkehrsversuch über den 3-monatigen Zeitraum hinaus fortzusetzen und im Falle, dass die Sperrung nicht fortgeführt werde, Aufpflasterungen zur Verkehrsberuhigung einzubauen. Sie macht deutlich, dass Aufpflasterungen und Sinuswellen bei unter 30 km/h zu keiner Verkehrsberuhigung führten.

Herr Tranel erklärt, dass es nicht das Ziel der CDU-Fraktion sei, Verkehr grundsätzlich zu reduzieren. Der Durchgangsverkehr könne auch ohne Sperrung reduziert werden. Wolle man jede Spielstraße mit Poller versehen? Er könne im Verkehrsversuch keine positiven Veränderungen für das Hengtegebiet erkennen.

Herr Böyer macht deutlich, dass es primär nicht um die Sperrung des Feldwegs gehe, sondern darum, den Durchgangsverkehr zur Hengte zu erschweren. Bewohner der Hengte sähen es kritisch, dass der Buchholzweg als Abkürzung genutzt werde und Behördenmitarbeiter auch den Feldweg zu diesem Zweck nutzten. Er spricht sich für die Ausweisung von Fahrradstraßen auf der Hengte aus, die zu einer weiteren Beruhigung führen würden.

Herr Prinz stellt folgenden Antrag zur Geschäftsordnung:

- auf Schluss der Rednerliste
- auf Unterbrechung der Sitzung

Dieser Antrag wird mit 18 Ja / 20 Nein / 1 Enthaltung abgelehnt.

Ebenso abgelehnt wird ein Antrag des Herrn Jaske auf sofortige Abstimmung (5 Ja / 29 Nein / 5 Enthaltungen).

Herr Bücking bezieht sich auf den Ratsbeschluss vom 10.04.2025 und stellt fest, dass – sollte die Sperrung nicht fortgesetzt werden – sofort eine Aufpflasterung erforderlich werde. Der Ausschuss für Planen und Bauen habe in der letzten Sitzung ergänzend beschlossen, den Einbau einer Sinuswelle zu prüfen.

Er beantragt daher

- a) den Ratsbeschluss vom 10.04.2025 aufzuheben und
- b) die Verwaltung zu beauftragen, den Einbau von Sinuswellen zu prüfen

Frau Albertz erwidert, dass die Fakten vorlägen, es führen zu viele Fahrzeuge. Die CDU ignoriere diese Zahlen und sie ignoriere die Auffassung der Anwohner.

Herr Stallmeyer entgegnet, dass nicht alles ignoriert werde, sondern es gebe auch Bürgerinnen / Bürger, die anderer Meinung seien. Er unterstützt den Antrag, den Einbau der Sinuswellen zu prüfen. Diese hätten einen verlangsamenden Effekt.

Herr Kielmann weist darauf hin, dass die Auffassung der Anwohner des Feldwegs verständlich sei, aber es gebe andere Anwohner des Hengtegebiets, die eine Zunahme des Verkehrs auf dem Buchholzweg feststellten und von vermehrten Beinaheunfällen berichteten.

Frau Diekmann-Cloppenburg erklärt, Ziel sei die Verlagerung des Verkehrs auf geeignete Straßen. Der Verwaltung sei nicht bekannt, dass die Polizei Informationen über zunehmende Beinaheunfälle habe.

Herr Volmer weist darauf hin, dass zwischen der Aufhebung der Sperrung und dem Einbau verkehrlicher Maßnahmen ein großes zeitliches Delta liege. Den alten Zustand wolle aber doch keiner. Er stellt den Antrag, dass der Poller während der Prüfung der verkehrlichen Maßnahmen erhalten bleibt.

Herr Öhmann stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf geheime Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Der Antrag wird von 15 Mitgliedern des Rates unterstützt

und erfüllt damit die Vorgaben des § 16 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse des Rates.

Die Sitzung wird zur Vorbereitung der geheimen Abstimmung von 19:10 Uhr bis 19:23 Uhr unterbrochen.

Nach der Unterbrechung werden die Ratsmitglieder Herr Stratmann, Frau Albertz und Frau Klöpfer einvernehmlich bestimmt, die Stimmen auszuzählen.

Frau Diekmann ruft sodann die anwesenden Mitglieder des Rates in alphabetischer Reihenfolge auf und bittet Sie zur Stimmabgabe.

Nach Abschluss der Stimmabgabe werden die Stimmzettel der Urne entnommen und von den zuvor bestimmten Ratsmitgliedern ausgezählt.

Das Ergebnis lautet: 18 Ja / 19 Nein / 2 Enthaltungen.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung in der Vorlage 078/2026 ist somit abgelehnt.

Im Anschluss wird über die zuvor gestellten Anträge abgestimmt.

- a) Des Ratsbeschluss vom 10.04.2025 zu Vorlage 051/2025, TOP 8 der öffentlichen Sitzung, wird aufgehoben.
- b) Die Verwaltung wird beauftragt, den Einbau von Sinuswellen zu prüfen. Der Poller verbleibt bis zur Umsetzung der verkehrlichen Maßnahme an der jetzigen Stelle.

Beschlussvorschlag:

Die versuchsweise Einrichtung einer Durchfahrtsbeschränkung für den mehrspurigen Kfz-Verkehr auf dem Feldweg war erfolgreich und verbleibt daher dauerhaft. Der rotweiße Poller und die übrige Verkehrseinrichtung, die den Durchgangsverkehr aktuell unterbinden, verbleiben bis auf weiteres an der jetzigen Stelle.

Beschlussvorschlag a):

Der Ratsbeschlusses vom 10.04.2025 zu Vorlage 051/2025, TOP 8 der öffentlichen Sitzung, wird aufgehoben

Beschlussvorschlag b):

Die Verwaltung wird beauftragt, den Einbau von Sinuswellen zu prüfen. Der Poller verbleibt bis zur Umsetzung der verkehrlichen Maßnahme an der jetzigen Stelle.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag (geheime Abstimmung)	18	19	2
Beschlussvorschlag a) (während der Sitzung formuliert)	23	16	0
Beschlussvorschlag b) (während der Sitzung formuliert)	20	19	0

TOP 4 Bericht der Emergy Erneuerbare GmbH über aktuelle Projekte
Vorlage: 066/2026

Der Geschäftsführer der Emergy Erneuerbare GmbH, Herr Ron Keßler, stellt im Rahmen einer Präsentation das Vorgehen und die Projekte der Gesellschaft vor und geht insbesondere auf Windenergieanlagen und deren Finanzierung ein.

Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Rat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 5 Parkhaus Münsterstraße - Zwischenbericht
Vorlage: 075/2026

Herr Flögel führt aus, dass dem Parkhaus eine zentrale Funktion als Eingang zum Ort zukomme und eine entsprechend hochwertige Gestaltung erfordere.

Er hält den Wettbewerbsverzicht für nicht notwendig, da es auch noch alternative Formen gebe, die in der zur Verfügung stehenden Zeit durchgeführt werden könnten.

Beschlussvorschlag:

Der Beschluss des Rates vom 19.12.2018 zum Architektenwettbewerb „Parkhaus Münsterstraße“ (303/2018) wird aufgehoben:

„Die Durchführung eines Architektenwettbewerbs für das geplante Parkhaus am Standort Münsterstraße wird befürwortet. Ein externes Büro soll mit der Verfahrensbetreuung beauftragt werden.

Der Wettbewerb soll möglichst über die Bäder- und Parkhausgesellschaft durchgeführt werden. Für den Fall, dass dies nicht möglich sein sollte wird beschlossen, dass die für diesen Architektenwettbewerb erforderlichen finanziellen Mittel in Höhe von 57.500 €, vorsorglich in den Haushalt für das Jahr 2019 eingestellt werden sollen.“

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	38	0	1

TOP 6 Umsetzung des Parkhauses Münsterstraße - Finanzierung
Vorlage: 124/2026

Beschlussvorschlag:

1. Es wird beschlossen die Variante 2 a– Bau durch die Stadtwerke Coesfeld GmbH umzusetzen. Die benötigten Grundstücke werden in die Gesellschaft eingelegt.

2. Es wird beschlossen die Variante 2 b– Bau durch die Stadtwerke Coesfeld GmbH umzusetzen. Das Eigentum an den Grundstücken verbleibt bei der Stadt. Die entsprechenden Verträge sind zu erstellen und die benötigten Haushaltsmittel einzuplanen.
3. Es wird beschlossen die Variante 1 – Bau durch die Stadt umzusetzen
4. Es wird beschlossen die Variante 3 – Bau durch die Stadt – Auftrag an SWC umzusetzen
5. Es wird beschlossen die Variante 4 – Bau durch die SEG umzusetzen

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1	39	0	0
Beschlussvorschlag 2-5	Keine Abstimmung da obsolet		

TOP 7	Digitale Gremienarbeit - Bezuschussung Vorlage: 072/2026
-------	---

Herr Prinz spricht sich gegen die in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 29.04.2026 beschlossene Empfehlung (400,00 € für die Ratsmitglieder und 200,00 € für die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger) aus und fordert vor dem Hintergrund der Gleichbehandlung sowohl für die Ratsmitglieder als auch die sachkundigen Bürgerinnen und Bürger einen Zuschuss in Höhe von 300,00 € zu leisten.

Herr Volmer lehnt die Empfehlung ebenfalls ab. Er bevorzugt die ursprünglich vorgeschlagene Regelung (*Hinweis: 300,00 € für die Ratsmitglieder - Vorlage 021/2026, Rat am 10.02.2026*).

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, den Ratsmitgliedern, die an der papierlosen, digitalen Gremienarbeit teilnehmen, auf Antrag für die Anschaffung und den Betrieb eines privaten Endgerätes einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 400,00 € zu zahlen.

Zusätzlich sollen die sachkundigen Bürger:innen einen Zuschuss in Höhe von 200,00 € erhalten.

Alternativ kann den Ratsmitgliedern ein durch die Stadt Coesfeld konfiguriertes und verwaltetes Endgerät zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	25	12	2

TOP 8	Antrag der CDU-Fraktion zur Prüfung des Reiters "Klimarelevanz" in Sitzungsvorlagen Vorlage: 121/2026
-------	--

Herr Jaske erläutert für die CDU-Fraktion den Antrag.

Mit Verweis auf die Qualität der Vorlagen und am Beispiel von Ausführungen zur Klimarelevanz lehnt er die dezidierte Prüfung ab. Wenn diese gewollt sei, müsse sie besser dargestellt werden.

Frau Wehling widerspricht. Sie sei dankbar für die Darstellung der Klimarelevanz, die auch allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehe. Ein Verzicht sei ein Verlust an Transparenz.

Beschlussvorschlag (aus dem Antrag der CDU-Fraktion):

Zur Vereinfachung von Verwaltungsabläufen wird künftig auf die Erstellung einer dezidierten „Prüfung der Klimarelevanz“ in den Ratsvorlagen verzichtet.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	19	19	1

Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt (§ 50 Abs. 1 GO NRW).

TOP 9	Antrag der CDU-Fraktion "Öffnung der Hohen Lucht für den Durchgangsverkehr" Vorlage: 126/2026
-------	--

Im Laufe der Beratung des Tagesordnungspunktes übergibt Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg die Sitzungsleitung an den ersten stellvertretenden Bürgermeister, Herrn Lars Vogel. Frau Diekmann-Cloppenburg verlässt den Saal und kehrt zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt zurück.

Herr Stallmeyer erklärt, dass die SPD-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde. Eine Öffnung der Hohen Lucht würde zu deutlich größerem Durchgangsverkehr führen. Weitere verkehrliche Maßnahmen seien in der Innenstadt dann nicht mehr realisierbar.

Herr Fabry spricht sich für die FDP-Fraktion gegen die Sperrung aus, aber die Aufhebung könne nicht ohne eine Alternative erfolgen.

Herr Tasler weist darauf hin, dass weitere verkehrliche Maßnahmen durch die Öffnung konkurrenzfähig würden. Durch die Öffnung und den daraus folgenden Durchgangsverkehr werde der vorherige Zustand wieder eintreten, das sei nicht akzeptabel. Er betont, dass die Hohe Lucht kein Schleichweg sein dürfe.

Herr Volmer macht deutlich, dass die Aufhebung der Sperrung ein „Vorwärts in die Vergangenheit“ sei. Vielmehr müsse der eingeschlagene Weg weiterverfolgt werden. Die Münsterstraße sowie die Kleine und Große Viehstraße seien bei der Verkehrsberuhigung in der Innenstadt mit einzubeziehen. Sobald die Zahlen aus der Untersuchung vorlägen, sei dazu eine sachliche Diskussion zu führen.

Herr Büscher sieht aus der Perspektive seines Dienstleistungsunternehmens, dass durch die erforderlichen Umwege seiner Beschäftigten jährlich eine zusätzliche Menge von 500 kg CO₂ entstünde. Würde die Umgehungsstraße genutzt wären es 900 bis 1000 kg Co2 im Jahr.

Herr Tranel meint, dass die Lösung nicht funktioniere, es fände eine Verdrängung des Verkehrs in benachbarte Wohngebiete statt. Die Innenstadt dürfe nicht komplett abgebunden werden. Es ärgere ihn, dass vermittelt werde, es sei nicht mehr zeitgemäß mit dem Auto in die Stadt zu fahren. Die Verkehrsplanung müsse neben den Einwohnern auch die Gäste Coesfelds berücksichtigen

Er kündigte bei Ablehnung des CDU-Antrags an, die Entscheidung an die Bürger Coesfeld übergeben zu wollen und in der nächsten Sitzungsfolge einen Ratsbürgerentscheid anzustreben.

Herr Stratmann erklärt seine Unterstützung für einen Ratsbürgerentscheid.

Herr Tasler widerspricht. Der Versuch sei nicht gescheitert, der Durchgangsverkehr werden unterbunden und die Innenstadt sei nicht abgebunden.

Frau Albertz wundert sich, dass ausgerechnet die CDU mit dem Klimaschutz argumentiere. Sie sieht es als nicht mehr zeitgemäß an, jeden Winkel der Stadt mit dem Auto zu durchfahren.

Beschlussvorschläge (Antrag der CDU-Fraktion):

1. Die Straße Hohe Lucht wird wieder für den Durchgangsverkehr geöffnet und die Maßnahme E2 des Masterplans Mobilität zur Verkehrsberuhigung in der (nordwestlichen) Innenstadt zurückgenommen.
2. Die straßenverkehrsrechtliche Anordnung zur Umsetzung des Teileinziehungsverfahrens wird aufgehoben.

Alternative Beschlussvorschläge der Verwaltung:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird zum jetzigen Zeitpunkt abgelehnt. Eine endgültige Entscheidung zu den durchgeführten verkehrslenkenden Maßnahmen kann erst getroffen werden, wenn die Ergebnisse der Vorher-/Nachher-Untersuchung vorliegen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschläge (Antrag CDU-Fraktion)	19	19	1
Beschlussvorschläge der Verwaltung	Keine Abstimmung da obsolet		

Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt (§ 50 Abs. 1 GO NRW).

TOP 10 Antrag der Fraktion Volt: Einführung einer Meldepflicht bei Wohnungsleerstand nach dem Wohnraumstärkungsgesetz
Vorlage: 109/2026

Beschlussvorschlag der Fraktion Volt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des Wohnraumstärkungsgesetzes (WohnStG) NRW eine Satzung zur Vermeidung von Zweckentfremdung von Wohnraum zu erarbeiten.
2. In dieser Satzung ist eine verbindliche Anzeigepflicht für Leerstand festzuschreiben: Eigentümer von Wohnraum sind zu verpflichten, Leerstände, die eine Dauer von vier Monaten überschreiten, unaufgefordert der Stadtverwaltung (Wohnungsaufsicht) zu melden.

Alternativer Beschlussvorschlag (während der Sitzung):

Es wird beschlossen, den Antrag zur inhaltlichen Beratung an die Fachausschüsse Familie, Senioren und Soziales, Planen und Bauen, Haupt- und Finanzausschuss und zur Entscheidung an den Rat zu verweisen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Alternativer Beschlussvorschlag	39	0	0
Beschlussvorschlag der Fraktion Volt	Keine Abstimmung		

TOP 11 Antrag der Fraktion Volt: Einführung einer kommunalen Wohnungstauschbörse nach dem Vorbild der Stadt Langenfeld
Vorlage: 127/2026

Beschlussvorschlag der Fraktion Volt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept für eine kommunale Wohnungstauschbörse zu entwickeln und zeitnah umzusetzen. Die Plattform soll als Vermittlungsstelle dienen, um insbesondere Senior:innen, die sich räumlich verkleinern möchten, mit Familien zusammenzubringen, die größeren Wohnraum benötigen. Des Weiteren könnte auch die SEG einbezogen werden, wenn es z.B. um den Bau altengerechter Wohnungen oder Mehrgenerationenhäuser in einem bestimmten Quartier geht, falls Senioren weiterhin in ihrem gewohnten Umfeld leben möchten und im Gegenzug ihr Haus abgeben möchten. Hier lassen sich auch Projektideen entwickeln, die auf den zukünftigen demographischen Wandel, von dem auch Coesfeld stark betroffen ist, reagieren.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Angelegenheit wird zur Vorberatung an den zuständigen Ausschuss für Familie, Senioren und Soziales verwiesen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag der Verwaltung	39	0	0
Beschlussvorschlag der Fraktion Volt	Keine Abstimmung		

TOP 12	Antrag der Fraktion Volt: Aufnahme weiterer Flächen in die Kommunale Wärmeplanung Vorlage: 067/2026
--------	--

Beschlussvorschlag der Fraktion Volt:

Der Stadtrat beschließt

1. die im Sachverhalt genannten Flächen in die Kommunale Wärmeplanung aufzunehmen,
2. eine Machbarkeitsstudie zur Nutzung dieser Flächen für Kaltwärmenetze betrieben mit Hochleistungserdkollektoren in Auftrag zu geben,
3. mögliche Förderprogramme auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene zu prüfen und zu beantragen.

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Antrag wird zur Beratung und Beschlussfassung in den zuständigen Fachausschuss (Umweltausschuss) verwiesen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag der Verwaltung	39	0	0
Beschlussvorschlag der Fraktion Volt	Keine Abstimmung		

TOP 13	Antrag der Fraktion Pro Coesfeld zur Einrichtung einer Gemeinschaftsgrabanlage ("Garten der Ruhe") auf dem Friedhof in Lette Vorlage: 114/2026
--------	---

Beschlussvorschlag (aus dem Antrag der Fraktion Pro Coesfeld):

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für eine gärtnerisch betreute Gemeinschaftsgrabanlage („Garten der Ruhe“) auf dem Friedhof in Coesfeld-Lette zu entwickeln.
2. Das Konzept soll enthalten:
 - Gestaltungsvarianten

- Ideen zur gärtnerischen Betreuung
- Einbindung in die bestehende Friedhofsstruktur
- Beispiele und Erfahrungswerte aus vergleichbaren Anlagen im Münsterland
- Kostenkalkulation

~~3. Das Konzept soll dem zuständigen Fachausschuss spätestens im 3. Quartal 2026 zur Beratung vorgestellt werden.~~

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	39	0	0

Der Beschlussvorschlag unter 3. wird gestrichen.

TOP 14	Antrag der Fraktion Pro Coesfeld: Förderung und systematische Veröffentlichung von Open Data in der Stadt Coesfeld Vorlage: 133/2026
--------	---

Herr Volmer zieht den Antrag für die Fraktion Pro Coesfeld zurück.

TOP 15	Antrag der Fraktion Familie zur Einführung eines kommunalen Grundstücksmanagements in der Stadt Coesfeld Vorlage: 147/2026
--------	---

Herr Stratmann äußert, den alternativen Beschlussvorschlag der Verwaltung unterstützen zu wollen.

Beschlussvorschläge aus dem Antrag der Fraktion Familie:

Beschlussvorschlag 1:

Die Stadtverwaltung prüft, in wie weit das kommunale Grundstücksmanagement wieder zentralisiert in der Verwaltung verankert werden kann.

Beschlussvorschlag 2:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im kommunalen Grundstücksmanagement die Option „Erbpacht“ mit einzubinden, hierzu wird die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit den Fraktionen im Rat der Stadt Coesfeld ein Kriterienkatalog erstellen.

Beschlussvorschlag 3:

Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt, dass das kommunale Grundstücksmanagement in der Stadtverwaltung etabliert wird und alle zukünftigen Grundstücksan- und -verkäufe, sowie neu ausgewiesene Wohngebiete über dieses Grundstücksmanagement verfahren.

Alternativer Beschlussvorschlag der Verwaltung (während der Sitzung):

Die Verwaltung wird den aktuellen Stand bezüglich der Tätigkeiten des Grundstücksmanagements der Stadt Coesfeld in einer der nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses im nicht-öffentlichen Teil geben.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Alternativer Beschlussvorschlag der Verwaltung	36	0	3
Beschlussvorschläge aus dem Antrag der Fraktion Familie	Keine Abstimmung		

TOP 16 Änderung der Hauptsatzung bezüglich Anregungen und Beschwerden
Vorlage: 400/2025

Beschlussvorschlag:

Die dieser Vorlage beigefügte 4. Änderungssatzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Coesfeld wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	39	0	0

TOP 17 Änderung der Gebührensatzung für Leistungen des Standesamtes der Stadt Coesfeld
Vorlage: 101/2026

Beschlussvorschlag:

Die beigefügte Änderung der (Anlage zur) Gebührensatzung für Leistungen des Standesamtes der Stadt Coesfeld wird beschlossen und jährlich neu zur Haushaltsberatung diskutiert.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	39	0	0

TOP 18 3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege

und der offenen Ganztagsgrundschulen
Vorlage: 076/2026

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage 1 beigefügte dritte Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege, offenen Ganztagsgrundschulen und sonstigen schulischen Betreuungsangeboten auf dem Gebiet der Stadt Coesfeld vom 22.01.2024 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	39	0	0

TOP 19 Stellenplan 2026 - Aufhebung eines Sperrvermerks
Vorlage: 077/2026

Herr Stratmann stellt für die Fraktion Familie klar, dass die drei Stellen nicht gewollt seien. Der Fraktion fehle die Dynamik, wenn die Zahl der geflüchteten Menschen sich verändern sollte.

Herr Volmer gibt zu bedenken, dass man in einer Ausschreibung, das Verfahren nicht mehr in der eigenen Hand habe, man wisse nicht welche Partner man bekomme. Die Steuerung durch die Verwaltung lasse ein dynamisches Agieren durchaus zu.

Herr Bücking verweist auf die Verfügung des Kreises Coesfeld zum Haushalt 2026, in dem auf die Entwicklung des Personaletats eingegangen werde. Bis 2029 könne eine Erhöhung von bis zu 46% eintreten. Es müsse darauf geachtet werden, den Stellenplan einzuhalten.

Frau Diekmann weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass innerhalb der kommenden 10 Jahre 30% der Belegschaft in den Ruhestand gingen.

Herr Nielsen stellt den Aspekt der Gestaltungsmöglichkeiten in den Mittelpunkt. Die Stadt solle die Aufgaben alleine erledigen, die sie alleine erledigen könne.

Herr Honermann betont, dass die Sozialarbeit Verlässlichkeit gebrauche und der Aufbau von sozialen Bindungen wichtig sei. Bei externen Kräften sehe er die Gefahr von befristeten Zeitverträgen und regelmäßiger neuer Einarbeitung.

Frau Diekmann macht darauf aufmerksam, dass im Falle der Ablehnung des Verwaltungsvorschlags ein alternativer Beschluss für die Durchführung einer Ausschreibung erforderlich sei.

Beschlussvorschlag:

Der im Stellenplan eingerichtete Sperrvermerk für 3,0 Stellen mit der Entgeltgruppe S 12 TVöD wird aufgehoben. Das Stellenbesetzungsverfahren soll kurzfristig erfolgen, sodass die Stellen möglichst zum 01.10.2026 besetzt werden können.

Alternativer Beschlussvorschlag bei Ablehnung des vorstehenden Beschlussvorschlags:

Die Verwaltung wird beauftragt, die soziale Betreuung für Geflüchtete mit einem Stellenumfang von 4 Vollzeitstellen ab dem 01.10.2026 neu auszuschreiben.

Insofern werden benötigten Haushaltsmittel für das Jahr 2026 (65.000 €) bei den Transferaufwendungen/-auszahlungen überplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch eingesparte Personalaufwendungen/-auszahlungen. Darüber hinaus sind die Kosten ab dem Haushaltsplan 2027 wieder bei den Transferaufwendungen/ -auszahlungen einzuplanen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag	19	20	0
Alternativer Beschlussvorschlag	35	0	4

TOP 20 Bericht der Bürgerstiftung Coesfeld zur Erläuterung der Vermögenslage der Addy-Bosten-Stiftung der Stadt Coesfeld zum 31.12.2025
Vorlage: 027/2026

Der Rat nimmt den Bericht der Bürgerstiftung Coesfeld zur Erläuterung der Vermögenslage und der Mittelverwendung der Addy-Bosten-Stiftung der Stadt Coesfeld zum 31.12.2025 zur Kenntnis.

TOP 21 Finanzielle Unterstützung der Flüchtlingsinitiativen
Vorlage: 082/2026

Herr Ruthmann erkundigt sich, wie sichergestellt werde, dass die Ausgaben nicht in die Höhe schössen, wenn die Förderung des Kreises auslaufe.

Herr Thies erläutert, dass es in 2025 eine einmalige Übernahme seitens der Stadt gegeben habe, da die Förderung weggefallen sei. Nun gebe es einen neuen Förderungstopf, der aber geringer ausfalle, so dass ein städtischer Anteil verbleibe.

Diese Thematik werden zu den Haushaltsgesprächen auf die Tagesordnung gesetzt.

Beschlussvorschlag:

Die finanzielle Unterstützung der Flüchtlingsinitiativen Coesfeld und Lette soll wie folgt neu geregelt werden:

Ab dem Haushaltsjahr 2026 erhalten die Flüchtlingsinitiativen einen Zuschuss in Höhe von insgesamt 16.360,- Euro. Dieser Betrag soll im Verhältnis der Anzahl der in den Flüchtlingseinrichtungen zum Stichtag 01.03. untergebrachten Geflüchteten in Coesfeld und Lette zwischen der FI Coesfeld und der FI Lette aufgeteilt werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	38	0	1

TOP 22 Errichtung einer Bike+Ride-Anlage am Bahnhof Lette
Vorlage: 069/2026

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, dass eine Bike+Ride-Sammelschließanlage in der vorgelegten Form (mit Holzfüllung) und an der vorgeschlagenen Stelle am Bahnhof Lette im Rahmen der Bike+Ride-Offensive errichtet wird.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	39	0	0

TOP 23 Bestellung des Vorsitzenden und eines weiteren Mitgliedes des Umlegungsausschusses
Vorlage: 134/2026

Beschlussvorschlag 1:

Der Rat bestellt Hermann Josef Israel, Hengteweg 11, 48653 Coesfeld, für eine weitere Amtszeit von fünf Jahren zum Vorsitzenden des Umlegungsausschusses der Stadt Coesfeld.

Beschlussvorschlag 2:

Der Rat bestellt Anna Möller für fünf Jahre als ordentliches Mitglied des Umlegungsausschusses.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschläge 1 & 2 (en bloc)	39	0	0

TOP 24 Berufung eines neuen Mitglieds im Gestaltungsbeirat
Vorlage: 105/2026

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, Friederike Backhaus-Abdelkader als Ersatz für Hr. Scholz als neues Mitglied des Gestaltungsbeirats zu berufen. Die Umbesetzung soll innerhalb der nächsten 2 Sitzungen des Jahres 2026 erfolgen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	38	1	0

TOP 25	Anwendung des Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung - Leitlinien zum sogenannten „Bauturbo“ Vorlage: 080/2026
--------	---

Frau Diekmann-Cloppenborg erläutert einführend, dass die vorliegende Leitlinie zum „Bauturbo“ als Grundlage zu verstehen sei. Mit neuen Erkenntnissen sei ggf. nachzusteuern.

Herr Bücking erklärt für die CDU-Fraktion die Zustimmung und begrüßt die gewonnene „Beinfreiheit“ für die Bauverwaltung.

Herr Tranel ergänzt, dass es sich um ein extrem komplexes Thema handle und mit der Leitlinie nun eine Verteilung der Aufgaben für den Rat und die Verwaltung erfolge.

Er weist darauf hin, dass das Bauordnungsrecht durch die Leitlinie nicht geändert werden könne. Man solle der Leitlinie Zeit geben und ihre Wirksamkeit und Zielerreichung beobachten. Der Start sei nun richtig und gut.

Beschlussvorschlag 1

Den vorgestellten Leitlinien zur Anwendung des Wohnungsbauturbos wird zugestimmt. Sie dienen als Grundlage im Sinne einer Handlungsanweisung für die Verwaltung.

(heißt: die „Fälle“, die die Verwaltung als lfd. Geschäft selber beschließen /ablehnen soll, als auch das Vorgehen (Vertragsgestaltung etc.) werden in den Leitlinien zusammengefasst)

Beschlussvorschlag 2

In jeder Sitzung des Ausschusses für Planen und Bauen werden die Mitglieder über die Anträge zur gemeindlichen Zustimmung nach § 36a BauGB und die jeweilige begründete Entscheidung für oder gegen eine Zustimmung seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Planen und Bauen unter dem Tagesordnungspunkt „Neues aus FB 60“ im nicht-öffentlichen Teil informiert.

Für Bauvorhaben im Ortsteil Lette wird entsprechend der Bezirksausschuss informiert.

Beschlussvorschlag 3

Spätestens im ersten Sitzungslauf 2027 sind die Erfahrungen mit dieser neuen Regelung zu evaluieren und ggfls. die Leitlinien anzupassen.

Beschlussvorschlag 4

Die Entscheidung über die Erteilung oder Verweigerung der gemeindlichen Zustimmung nach § 36a BauGB wird gemäß § 41 Abs. 2 GO NRW in Verbindung mit der Hauptsatzung der Stadt Coesfeld auf die Bürgermeisterin / den Bürgermeister übertragen, sofern es sich um Vorhaben handelt, die in den unter Beschlussvorschlag 1 beschlossenen Leitlinien in die Zuständigkeit der lfd. Verwaltung fallen. Die Entscheidung über alle anderen Vorhaben, die laut den Leitlinien nicht von vornherein ausgeschlossen sind, werden auf den Ausschuss für Planen und Bauen übertragen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschläge 1 – 4 (en bloc)	39	0	0

TOP 26 Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 111 "Ziegelei Kuhfuss" – Aufstellungsbeschluss und Beschluss zur Beteiligung Vorlage: 056/2026

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen, gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der derzeit gültigen Fassung das Aufhebungsverfahren zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan einzuleiten.

Der räumliche Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans befindet sich im Norden des Stadtgebietes von Coesfeld nahe der Grenze zur Nachbargemeinde Rosendahl.

Der Geltungsbereich wird wie folgt begrenzt:

- im Norden durch die öffentliche Straße „An der B 474“ (Erschließungsstraße zur Mülldeponie/ Recyclinghof),
- im Osten durch die vorhandenen Waldflächen,
- im Süden / Südwesten durch die Grundstücke „Brink 35“ und „Brink 38“,
- im Westen durch eine landwirtschaftlich genutzte Fläche sowie die B 474.

Folgende Flurstücke sind im Geltungsbereich enthalten:

- Stadt Coesfeld, Gemarkung Coesfeld-Kirchspiel Flur 27 Flurstücke 179/0, 140 und 240 (teilweise).

Die genaue Abgrenzung des Geltungsbereichs der Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 111 „Ziegelei Kuhfuss“ wird aus dem Übersichtsplan ersichtlich (s. Anlage 1).

Beschlussvorschlag 2:

Es wird beschlossen, mit den vorliegenden Unterlagen die Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB an der Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 111 „Ziegelei Kuhfuss“ zu beteiligen.

Beschlussvorschlag 3:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Vorhabenträger ggf. einen städtebaulichen Vertrag zur Übernahme der Planungsleistungen und -kosten sowie die Aufhebung des Durchführungsvertrags zu schließen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschläge 1 – 3 (en bloc)	39	0	0

TOP 27 Bebauungsplan Nr. 147 "Wohngebiet Kalksbecker Heide" 1. Änderung
Vorlage: 081/2026

Der Rat nimmt den Bericht über die eingegangenen Stellungnahmen aus der erneuten Veröffentlichung des Bebauungsplans Nr. 147 „Wohngebiet Kalksbecker Heide“ – 1. Änderung und das weitere Vorgehen zur Kenntnis.

TOP 28 Bebauungsplan Nr. 159 „Druffels Weg – Daruper Straße“ - Erneuter Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 095/2026

Mit Aufruf des Tagesordnungspunktes übergibt Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg die Sitzungsleitung an den ersten stellvertretenden Bürgermeister, Herrn Lars Vogel. Frau Diekmann-Cloppenburg verlässt den Saal und nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen, den am 27.05.2020 vom Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Coesfeld gefassten Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 159 „Druffels Weg - Daruper Straße“ (s. Beschlussvorlage 132/2020) aufzuheben.

Beschlussvorschlag 2:

Es wird beschlossen, den am 17.02.2022 vom Rat der Stadt Coesfeld gefassten Grundsatzbeschluss (s. Beschlussvorlage 018/2022), die Verwaltung zu beauftragen, auf Grundlage des seitens der Schmidt Gruppe eingereichten und gegenüber dem Beschluss des HFA vom 27.05.20 geänderten Bauvorhaben ein Verfahren für einen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan nach §12 (1) BauGB i.V.m. § 13a BauGB vorzubereiten, aufzuheben.

Beschlussvorschlag 3:

Es wird beschlossen, gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der zurzeit gültigen Fassung den Bebauungsplan Nr. 159 „Druffels Weg – Daruper Straße“ aufzustellen und das Bauleitplanverfahren auf Grundlage des § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innentwicklung) durchzuführen.

Der ca. 1,43 ha große räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans befindet sich rd. 1,5 km südöstlich des Stadtzentrums im Bereich der Kreuzung Daruper Straße / Druffels Weg.

Der Geltungsbereich wird wie folgt begrenzt:

- im Norden durch die Flurstücke 2121 und 2122 (beide Flur 17, Gemarkung Coesfeld),
- im Nordosten durch die Daruper Straße,

- im Osten durch die Wohnbebauung an der Straße Richteringhove,
- im Süden durch den Hornebach und
- im Westen durch den Druffels Weg.

Folgende Flurstücke sind im Geltungsbereich enthalten:

- Stadt Coesfeld, Gemarkung Coesfeld-Stadt, Flur 17, Flurstücke 1620, 2315, 2405, 2406.

Die genaue Abgrenzung des Geltungsbereichs des Bebauungsplans Nr. 159 „Druffels Weg – Daruper Straße“ wird aus dem Übersichtsplan ersichtlich (s. Anlage 1).

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschläge 1 – 3 (en bloc)	38	0	0

TOP 29 Bebauungsplan Nr. 40 „Niemergsweide“ – Teilaufhebung Vorlage: 096/2026

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der zurzeit gültigen Fassung das Verfahren zur Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 40 „Niemergsweide“ einzuleiten und das Bauleitplanverfahren auf Grundlage des § 13a BauGB durchzuführen.

Der ca. 1,53 ha große Aufhebungsbereich befindet sich rd. 1,5 km südöstlich des Stadtzentrums im Bereich der Kreuzung Daruper Straße / Druffels Weg. Er umfasst den nördlichen Teil des Bebauungsplans Nr. 40 „Niemergsweide“.

Der Aufhebungsbereich wird wie folgt begrenzt:

- im Norden durch die Daruper Straße,
- im Osten durch die Wohnbebauung an der Straße Richteringhove,
- im Süden durch den Hornebach und
- im Westen durch den Druffels Weg.

Folgende Flurstücke sind im Teilaufhebungsbereich enthalten:

- Stadt Coesfeld, Gemarkung Coesfeld-Stadt, Flur 17, Flurstücke 1620, 2121, 2122, 2315, 2405, 2406.

Die genaue Abgrenzung des Geltungsbereichs des Teilaufhebung des Bebauungsplans Nr. 40 „Niemergsweide“ wird aus dem Übersichtsplan ersichtlich (s. Anlage 1).

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	38	0	0

TOP 30	Bebauungsplan Nr. 135 „Bahnareal Rekener Straße“, 2. Änderung – Satzungsbeschluss Vorlage: 100/2026
--------	--

Beschlussvorschlag 1:

Die Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 5 beschlossen.

Beschlussvorschlag 2:

Die Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Anlage 6 beschlossen.

Beschlussvorschlag 3:

Die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 135 „Bahnareal Rekener Straße“ wird unter Abwägung der vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken gem. § 10 (1) BauGB als Satzung erlassen und ihm die dazugehörige Begründung beigegeben.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschläge 1 – 3 (en bloc)	38	0	0

TOP 31	97. Änderung des Flächennutzungsplans "Windenergie Stevede" – Änderungsbeschluss Vorlage: 097/2026
--------	---

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen die 97. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Coesfeld durchzuführen.

Der Bereich ist in der beigefügten Übersichtskarte umrandet dargestellt.

Beschlussvorschlag 2:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Vorhabenträgerin einen städtebaulichen Vertrag zur Übernahme der Planungsleistungen und -kosten abzuschließen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschläge 1 & 2 (en bloc)	38	0	0

TOP 32	98. Änderung des Flächennutzungsplans "Windenergie Heubach" – Änderungsbeschluss Vorlage: 104/2026
--------	---

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen die 98. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Coesfeld durchzuführen.

Der Bereich ist in der beigefügten Übersichtskarte umrandet dargestellt.

Beschlussvorschlag 2:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Vorhabenträgerin einen städtebaulichen Vertrag zur Übernahme der Planungsleistungen und -kosten abzuschließen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschläge 1 & 2 (en bloc)	38	0	0

TOP 33	ÖPNV-Untersuchung zur Entlastung der Innenstadt Vorlage: 065/2026
--------	--

Herr Volmer berichtet über die im Ausschuss für Planen und Bauen auf Anregung der Fraktion „Pro Coesfeld“ ergänzte Ziffer 5 im Beschlussvorschlag.

Herr Hänsel stellt in diesem Zusammenhang klar, dass nur die beiden Schulbusse die Haltestelle an der Münsterstraße nicht mehr anfahren werden. Die übrigen Busse des normalen Nahverkehrs werden weiter dort halten.

Herr Bücking weist vor der Beschlussfassung auf den im Ausschuss für Planen und Bauen geänderten letzten Halbsatz unter Ziffer 4 im Beschlussvorschlag hin.

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die unter dem Oberziel 1 „Entlastung der Münsterstraße“ zusammengefassten Maßnahmen
 - Maßnahme B1 - Fahrtenverlegung von der Linienachse A (Ergänzung der Verwaltung: Münsterstraße) auf die Friedrich-Ebert-Straße
 - Maßnahme I1 - Ertüchtigung der Haltestelle Kreisverwaltung
gemeinsam mit dem Kreis Coesfeld als Aufgabenträger für den ÖPNV und den beteiligten Verkehrsunternehmen zu prüfen und nach Möglichkeit umzusetzen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die unter dem Oberziel 2 „Entlastung der Seminarstraße und der westlichen Wetmarstraße“ aufgeführte
 - Maßnahme B2 „Zeitliche Entzerrung des Ortsbusverkehrs am Heriburg-Gymnasium“

gemeinsam mit dem Kreis Coesfeld als Aufgabenträger für den ÖPNV, den beteiligten Verkehrsunternehmen, dem Schulträger und den beteiligten Schulen zu prüfen und nach Möglichkeit umzusetzen.

3. Die ebenfalls unter dem Oberziel 2 „Entlastung der Seminarstraße und der westlichen Wetmarstraße“ aufgeführten Maßnahmen

- Maßnahme B3 „Räumliche Entzerrung des Ortsbusverkehrs am Heriburg-Gymnasium“
- Maßnahme I2 „Errichtung einer dritten Abfahrtsposition für das Heriburg-Gymnasium“

werden nicht umgesetzt.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, die unter dem Oberziel 3 „Entlastung des Schützenrings und der anliegenden Wohngebiete“ zusammengefassten Maßnahmen

- Maßnahme B4 „Fahrtenverlegung von der Linienachse C (Ergänzung der Verwaltung: Schützenring) auf die Münsterstraße
- Maßnahme I3 „Errichtung einer Schulbushaltestelle in der Münsterstraße“
- Maßnahme I4 „Schaffung einer sicheren Querungsmöglichkeit in der Münsterstraße“

gemeinsam mit dem Kreis Coesfeld als Aufgabenträger für den ÖPNV, den beteiligten Verkehrsunternehmen, dem Schulträger und den beteiligten Schulen im Zusammenhang mit den ohnehin anstehenden Projekten in der Münsterstraße (Bau des Parkhauses, Umgestaltung zur Gemeinschaftsstraße) zu prüfen *und im Fachausschuss zu berichten*.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, den Erhalt der Haltestelle Münsterstraße mit in die Prüfung einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	38	0	0

TOP 34 Leitlinien für Akzentbeleuchtungen in der Coesfelder Innenstadt Vorlage: 071/2026

Mit Aufruf des Tagesordnungspunktes übernimmt Frau Bürgermeisterin Diekmann-Cloppenburg wieder die Sitzungsleitung.

Beschlussvorschlag 1:

Der Rat der Stadt Coesfeld nimmt die durch das Fachbüro switch.on erarbeiteten Leitlinien für Akzentbeleuchtung mit den Aussagen zum Umgang mit den Themen

- Beleuchtungslinien: Wege
- Beleuchtungspunkte: Plätze / Knotenpunkte
- Beleuchtungsflächen: Hochpunkte, Objekte und Einzelelemente

zur Kenntnis.

Beschlussvorschlag 2:

Der Rat der Stadt Coesfeld befürwortet es, Beleuchtungsprojekte auf der Grundlage der erarbeiteten Leitlinien zur Umsetzung zu bringen.

Über einen zurückhaltenderen Umgang mit den herausgearbeiteten Knotenpunkten in Bezug auf die Art der einzusetzenden Leuchten und die Fülle und Intensität des Lichtes soll erneut beraten werden.

Der Gestaltungsbeirat ist erneut einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 2	37	1	1

TOP 35 Erschließung Kita Bahnhofsallee
Vorlage: 358/2025/2

Herr Weiling erklärt, die CDU-Fraktion lehne den Vorschlag der Verwaltung in dieser Form ab und fordert den Zusatz, dass eine Sondersatzung für die Erhebung der Beiträge nach dem KAG erarbeitet werde.

Er kritisiert, dass in dem Rechtsgutachten Zahlen verwendet würden, die aus einer Verkehrszählung an einem einzigen Tag über einen Zeitraum von 2 Stunden stammten. Das sei nicht nachvollziehbar.

Er stellt fest, dass es durchaus Gründe gebe, die für das Vorliegen eines Allgemeininteresses sprächen.

Herr Hänsel stellt klar, dass die Daten der Verkehrszählung an mehreren Tagen zu unterschiedlichen Zeiten über jeweils einen Zeitraum von 2 Stunden ermittelt worden seien.

Herr Kestermann sieht Gründe für ein erhöhtes Allgemeininteresse. Er verweist auf das Projekt der Deutschen Bahn, den Letter Bahnhof als sogenannten „Zukunftsbahnhof“ umfassend zu modernisieren. Dies werde mit einer Erhöhung der Fahrgastzahlen einhergehen.

Er weist ferner darauf hin, dass die Zahlen aus der Verkehrszählung saisonal schwanken würden und durch Gewerbeansiedlungen mit einem höheren Verkehrsaufkommen zu rechnen sei. Er fordert, bei der Erschließung einen möglichst kostengünstigen Ausbaustandard umzusetzen. Er schließt mit der Feststellung, dass das Gutachten Möglichkeiten biete, eine Sondersatzung zu erlassen.

Frau Diekmann erwidert, dass es im Stadtgebiet vergleichbare Fälle gebe, bei denen eben kein erhöhtes Allgemeininteresse vorliege. Letztere sei da kein Sonderfall.

Herr Volmer sieht die Verpflichtung, die Anlieger zu beteiligen. Der Anteil der Stadt läge bei 10%. Vor dem Hintergrund, dass der Anteil der Deutschen Bahn an den Erschließungskosten auf die übrigen Anwohner umgelegt werde, müssten beim finalen Ausbau die Kosten niedrig gehalten werden. Dies sei kein atypischer Fall, daher könne es kein abweichendes Vorgehen geben. Es gelte somit der Standard der für alle Erschließungsmaßnahmen im Stadtgebiet angelegt werde.

Herr Tranel erläutert, dass ein höherer städtischer Anteil ein gangbarer Weg sei. Er halte die Frage nach der Höhe des Nutzungsanteils der Allgemeinheit noch nicht für abschließend

diskutiert. Es gebe durchaus unterschiedliche Rechtsprechung. Lette sei als ein besonderer Einzelfall zu sehen, der eine Sondersatzung rechtfertige.

Herr Tasler betont, dass sich alle eine stärkere Beteiligung der Stadt wünschten. Das Rechtsgutachten lege aber dar, dass kein erhöhtes Allgemeininteresse vorliege und somit eine Abweichung nicht möglich sei.

Herr Fabry wirft ein, dass letztendlich ein städtischer Anteil von 10% oder 20% keinen Unterschied mache. Er sehe die Lösung darin, die Straße nicht auszubauen.

Herr Tranel gibt zu bedenken, dass das Gutachten eine Empfehlung ausspreche, die nur auf einer Verkehrszählung basiere. Juristisch sei das aber nicht das einzige Kriterium.

Herr Kämmerling plädiert dafür, keinen Beschluss zu fassen, der rechtlich angreifbar sei. Es müsse eine Lösung gefunden werden, die den Kindern / dem Kindergarten gerecht werde. Das könne ggf. auch eine Abbindung der Straße sein.

Abschließend stellt Frau Diekmann-Cloppenburg klar, dass die Verwaltung keinen Ansatz für eine andere rechtlich Auffassung sehe, die eine Sondersatzung ermögliche.

Sie fordert die Mitglieder des Rates auf – sollten Ideen für einen solchen Ansatz vorhanden sein – diese bis zum Abschluss des Ausbaus der Bahnhofsallee mitzuteilen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt, den Beschluss vom 18.12.2025 gemäß Vorlage 358/2025/1 wie folgt zu ändern:

Es wird beschlossen, die Bahnhofsallee im gesamten bislang nicht endausgebauten Abschnitt auszubauen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	27	5	7

TOP 36 Kostenentwicklung Modernisierung Schulzentrum
Vorlage: 087/2026

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt eine Budgeterweiterung gemäß der Kostensplittung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	39	0	0

TOP 37 Skatepark Coesfeld - Finanzierung Teil "Miniramp"
Vorlage: 061/2026

Beschlussvorschlag:

Die akquirierten Förder- und Spendengelder werden abgerufen und in die Finanzierung einer kleineren Minirampe überführt. Die im Haushalt 2026 eingestellten 10.000 € werden als Eigenanteil der Stadt Coesfeld vollumfänglich eingesetzt, der Sperrvermerk entsprechend aufgehoben.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	37	0	0

Herr Prinz und Herr Tranel befinden sich während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 38 Fahrradstraßen im Hengtegebiet und im Bereich Wetmarstraße
Vorlage: 068/2026

Herr Flögel stellt aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Grundproblem dar.

Häufig seien zwei Personen aus den Haushalten berufstätig und hätten in der Folge auch zwei Kraftfahrzeuge (Kfz). Dies würde schon fast zu einer Verdoppelung der Anzahl der Kfz führen.

Die verschiedenen Verkehrsarten kämen zusammen, so dass es letztlich für den Erschließungsverkehr eng werde. Er plädiert für eine Neuordnung der Verkehrsflächen und hebt hervor, dass die Fahrradstraßen nicht das auslösende Moment für die Probleme seien. Es gehe nicht um einen Konflikt Fahrradverkehr gegen Autoverkehr.

Die Fraktion werde daher einigen Beschlussvorschlägen nicht zustimmen.

Herr Prinz ergänzt, dass die Ausweisung einer Fahrradzone für das Gebiet Hengtestraße / Buchholzweg favorisiert würde. Er macht noch einmal deutlich, dass die Probleme blieben, wenn die Fahrradstraßen nicht eingerichtet werden sollten und stellt den Antrag folgenden Beschlussvorschlag als Beschlussvorschlag 1b zu ergänzen.

„Die ursprünglich geplante Fahrradzone inkl. der Hengtestraße sowie des Buchholzweges wird bestätigt.“

Beschlussvorschlag 1a:

Die Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken wird gemäß der Abwägungstabelle (Anlage 03) und gemäß der im Sachverhalt aufgeführten Abwägungsvorschläge beschlossen.

Beschlussvorschlag 1b (in der Sitzung ergänzt):

Die ursprünglich geplante Fahrradzone inkl. der Hengtestraße sowie des Buchholzweges wird bestätigt.

Beschlussvorschlag 2a:

Die Entscheidung, auf die Ausweisung einer Fahrradzone zu verzichten und stattdessen einzelne Fahrradstraßen auszuweisen, wird bestätigt. Ebenso bestätigt wird die

Herausnahme der Hengtestraße aus dem Fahrradstraßennetz. Der Umfang des Fahrradstraßennetzes für dieses Teilgebiet ergibt sich aus den als Anlage beigefügten Planunterlagen. Der Buchholzweg soll aus dem Fahrradstraßennetz herausgenommen werden

Beschlussvorschlag 2b:

Der Buchholzweg soll aus dem Fahrradstraßennetz herausgenommen werden.

Beschlussvorschlag 3:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen auf den zuvor genannten Grundlagen fortzuführen und die Ergebnisse den politischen Gremien gemeinsam mit einer Kostenschätzung zur Entscheidung vorzulegen.

Beschlussvorschlag 4:

Im Rahmen der Nachher-Untersuchung sind für den westlichen Abschnitt des Hengteringes auch die Fußgängerzahlen zu erheben. Auf dieser Grundlage wird die notwendige Wegebreite festgelegt. Die Verwaltung wird beauftragt, den Planungsauftrag für das Büros um die Planung für den Hengtering zwischen Wertchenstraße und Hengtestraße zu erweitern. Die Ergebnisse sind den politischen Gremien gemeinsam mit einer Kostenschätzung zur Entscheidung vorzulegen.

Alternativ:

Im Rahmen der Nachher-Untersuchung sind für den westlichen Abschnitt des Hengteringes auch die Fußgängerzahlen zu erheben. Auf dieser Grundlage wird die notwendige Wegebreite festgelegt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung für den Hengtering zwischen Wertchenstraße und Hengtestraße in die Prioritätenliste für das Jahr 2026 einzustellen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1a	29	8	1
Beschlussvorschlag 1b	9	29	0
Beschlussvorschlag 2a	38	0	0
Beschlussvorschlag 2b	20	18	0
Beschlussvorschlag 3	38	0	0
Beschlussvorschlag 4	15	23	0
Beschlussvorschlag 4 alternativ	38	0	0

TOP 39	Masterplan Mobilität, Maßnahme E1b: Monitoring zur Auslastung des öffentlichen Parkraums Vorlage: 107/2026
--------	---

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Monitoring zur Auslastung des öffentlichen Parkraums für die in dem als Anlage beigefügten Übersichtsplan dargestellten Stellplatzanlagen – wenn möglich unter Inanspruchnahme von Fördermitteln - umzusetzen.

Ergänzender Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, Überwachungssysteme, die auch auf Dauer für die Bezahlung möglich gemacht werden, aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag & ergänzender Beschlussvorschlag (gemeinsam)	37	0	0

Herr Tasler befindet sich während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 40	Benennung von Ausschussmitgliedern zum Wasser- und Bodenverband "Obere Berkel" Vorlage: 070/2026
--------	---

Beschlussvorschlag 1:

Herr Wilhelm Korth, wohnhaft Stevede 64, 48653 Coesfeld und

Herr Thomas Bücking, wohnhaft Südring 34,48653 Coesfeld,

werden als Ausschussmitglieder für die Gruppe C (seitliches Einzugsgebiet) des Wasser- und Bodenverbandes „Obere Berkel“ benannt.

Beschlussvorschlag 2:

Das Vorschlagsrecht für das gemeinsame Ersatzmitglied für die Städte Billerbeck und Coesfeld sowie die Gemeinde Nottuln wird der Stadt Billerbeck übertragen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschläge 1 & 2 (en bloc)	36	0	0

Herr Tasler und Frau Vogel befinden sich während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

TOP 41 Anfragen

Herr Kestermann fragt, ob die Politik / die betroffenen Vereine bei der Erstellung oder Verschärfung der lokalen Sicherheitskonzepte für Veranstaltungen beteiligt werden?

Frau Diekmann-Cloppenburg antwortet, dass der überwiegende Teil der Konzepte gleichbleibend sei. Sollte eine Verschärfung erforderlich sein, so sei die Verwaltung bestrebt, die Vereine soweit möglich zu entlasten.

Herr Bücking erkundigt sich, ob es aufgrund der Änderung des Bebauungsplans „Kalksbecker Heide“ zu Verzögerungen für die Bauwilligen käme.

Herr Hänsel verneint dies. Die Verwaltung stünde in engem Austausch mit den Bauwilligen. Es gehe immer weiter.

Eliza Diekmann-Cloppenburg
(Bürgermeisterin)

Lars Vogel
(1. stellv. Bürgermeister)
*für die Tagesordnungspunkte 9
und 28 bis 33 der öffentlichen Sitzung*

Benno Eink
(Schriftführer)